

Ersparte Zukunft...?

Zur geplanten Schließung des Augustinchens

René Schlüter

Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*



Verschuldung und Misswirtschaft der Stadt Witten führen erneut zu Einsparungen bei Kindern und Jugendlichen.

Nachdem in den letzten Jahren im Rahmen der Haushaltskonsolidierung z.B. schon Spiel- und Sportplätze und Schwimmbäder schlecht gepflegt und dezimiert, Jugendtreffs zentralisiert, Kindergartennotgruppen eingerichtet, Grund- und Realschulen geschlossen und insgesamt die städtische Finanzierung im Kinder- und Jugendbereich stark beschnitten wurde, sollen jetzt die Hardenstein-Gesamtschule in Vormholz und der Kindergarten Augustinchen in der Innenstadt geschlossen werden.

In beiden Fällen werden ca. 40 Jahre nach ihrem Bau hohe Sanierungskosten der Gebäude als Begründung für die Schließung genannt. Im weiteren möchten wir uns hier exemplarisch mit dem Augustinchen beschäftigen.

Kindergarten im Wohngebiet

Das Augustinchen liegt an der Augustastraße versteckt in einer Bebauungslücke mitten in einem stark bevölkerten Wohngebiet, für dessen Bewohner es fußläufig zu erreichen ist. Der multikulturelle Hintergrund des Viertels spiegelt sich in einer großen Zahl von Kindergartenkindern mit Migrationshintergrund wieder.

Nachdem man in den letzten Jahren laut Aussage der Kindergartenleitung

immer „nur geflickt habe“ haben sich nun Instandsetzungskosten zwischen 800.000 und 1.5 Mio. Euro angehäuft und die Stadt und der Betreiber (Evangelischer Kirchenkreis Hattingen-Witten) haben beschlossen dieses Geld nicht zu investieren, im Augustinchen ab Sommer keine neuen Kinder aufzunehmen und es 2018 zu schließen.

Da ein Kindergartenneubau an der Dortmunder Straße(!) erst 2018 fertig werden soll und außerdem eine Notgruppe im ebenfalls sanierungsbedürftigen Kindergarten an der Sandstraße ab Sommer ausläuft, fehlen ab Mitte diesen Jahres in Witten und besonders in der Innenstadt weitere 40 Kindergartenplätze.

Initiative des Elternrats

Nach Bekanntwerden der geplanten Schließung des Augustinchens formierte sich rund um den Kindergarten und besonders im Elternrat Widerstand. Der Rat der Eltern, die nach Einkommen gestaffelte Kindergartenbeiträge zahlen, schrieb alle Ratsfraktionen an, äußerte

Inhalt

- 1/2 Ersparte Zukunft...?
- 3 Opel Bochum
- 4/5 Leserbriefe
- 6/7 Fukushima Jahrestag
- 8 Heldinnen von Kobanê
- 9 Solidarität mit Kobanê
- 10 Wehret den Anfängen
- 11 Montagsdemo und Pegida
- 12 Märchen vom Fracking

sich ebenso wie die Kindergartenleitung kritisch in der Presse und startete eine Unterschriftensammlung.

Die Eltern schätzen die Fußläufigkeit, die gewachsenen Strukturen und den multikulturellen Charakter des Kindergartens. Der geplante Neubau an der Dortmunder Straße wird aufgrund seiner Lage außerhalb des Wohngebietes und seiner somit auch fehlenden Fußläufigkeit wird vom Elternrat „in einer Welt der chauffierten Kinder“ nicht als adäquater Ersatz angesehen.



Die Eltern finden es wichtig, dass ihre Kinder auf ihren eigenen zwei Füßen ihren Kindergarten erreichen können und fordern das die Kindergartenbetreuung da stattfindet wo die Kinder leben.

Stadt, Land, Kirchenkreis

Wie schon in der Einleitung erwähnt haben Misswirtschaft und Verschuldung in den letzten Jahren zu vielen Einsparungen bei Kindern und Jugendlichen geführt.

Der bei allen städtischen oder im Auftrag der Stadt betriebenen Gebäude zu findende Instandsetzungstau, der immer wieder die Begründung für Schließungen liefert, muss endlich beendet werden.

Die Haushaltskonsolidierung für die es auch andere Alternativen wie z.B. einen Schuldenschnitt gäbe soll unserer Stadt zukünftig bessere Finanzen bringen. Ist es dafür angebracht an der Zukunft unserer Stadt den Kindern und Jugendlichen, die ja wohl später von diesen dann besseren Stadtfinanzen auch profi-

tieren sollen, zu sparen?

Zeigt sich hier nicht vielmehr sehr signifikant das sehr falsche Verständnis ihrer Verantwortung in großen Teilen von Rat und Verwaltung?

Die Aufgabe der städtischen Volksvertreter und Verwaltung sollte vor allem in der Erfüllung der Bedürfnisse der Einwohner und auch mit Blick auf die Verschuldung nicht nur in einem guten Bilanzergebnis liegen.

Die Tatsache das unser Bundesland nur Kindergartenneubauten und auch nur die Betreuung von Kindergartenkindern unter drei Jahren fördert erscheint ebenfalls nicht dem Bedarf gerecht zu sein. Hier erscheint besonders die fehlende Förderung von Kindergartenanierungen mit Blick auf die bereits stark bebauten Innenstädte gerade im Ruhrgebiet als besonders unpassend.

Gerade in Zeiten von Migrations- und Integrationsdiskussionen sind Kindergärten mit gewachsenen Strukturen in den bewohnten Innenstädten aufgrund ihres oft multikulturellen Charakters als Ort gelebter Integration kaum zu ersetzen.

Auch der Kirchenkreis Hattingen-Witten sollte seine Entscheidung aus nachvollziehbar christlichen Gründen überdenken oder zumindest die Kindergartenleitung und den Elternrat aktiver in ihrer Kritik und ihrem Widerstand unterstützen.

Um unsere Zukunft müssen wir uns selber kümmern

Das Augustinchen ist nicht nur das Gebäude sondern vor allem die gewachsene Struktur von Kindern, Eltern und Erzieherinnen.

Sein multikultureller Charakter ist ein Sinnbild für die Zukunft der Gesellschaft in unserer Stadt aber auch in unserem Staat. Einen Ersatz egal welcher Art wird es für diesen Innenstadt-Kindergarten frühestens 2018 geben. Damit fehlen in der Innenstadt und damit in ganz Witten ab Sommer 40 weitere Kindergartenplätze.

Der geplante Neubau an der Dortmunder Straße wird aufgrund seiner Lage und der fehlenden Fußläufigkeit nie den Kindergarten im Wohngebiet ersetzen können.

Der Weg den Kinder auf ihren eigenen zwei Beinen zum Kindergarten zurücklegen wirkt sich auf ihre Wahrnehmung und Entwicklung mit Sicherheit anders aus als von Mama oder Papa dorthin chauffiert zu werden.

Unsere Innenstadt ist ein Wohngebiet und braucht somit Kindergärten genauso wie z.B. Altenheime und -residenzen.

Da das Augustinchen also eigentlich unersetzlich ist und eine Alternative zumindest den genannten Bedürfnissen der Betroffenen entsprechen sollte möchten wir von AUF Witten hiermit den Kindern, den Erzieherinnen und auch den Eltern repräsentiert durch den Elternrat unsere Unterstützung in ihrem Widerstand anbieten.

Das Augustinchen darf nicht sterben!

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern.



Unterstützerunterschriften können vor Ort im Augustinchen abgegeben werden.

Wir tragen die Fackel weiter!

Diana Vöhringer

Mitglied im Vorstand von AUF Witten



Unter dem Motto: „Wir haben die Schließung nie akzeptiert - und tragen die Fackel weiter!“ hatten die Montagsdemonstrationsbewegung und die Betriebsratsliste „Offensiv“ von Opel Bochum eingeladen.

Es kamen am 8. Dezember, in strömenden Regen, über 600 Menschen zu dieser sehr beeindruckenden und berührenden Kundgebung in die Bochumer Innenstadt. Auch AUF Witten nahm mit Mitgliedern teil und überbrachte ein Grußwort.

Begeistert war, wie viele Abgesandte von Belegschaften aus ganz Deutschland da waren, Kollegen von Opel Rüsselsheim und Eisenach, Daimler-Kollegen, Stahlarbeiter, Bergleute usw. Die Kollegen von Bosch-Rexroth aus Witten überbrachten ihre solidarischen Grüße, stehen sie im Moment selbst in der Unsicherheit, ob Teile vom Werk verkauft werden. Und wenn, an wen ?!

Grußbotschaften wurden gehalten u. a. von Norbert Blüm (CDU), Frank

Bsirske (Verdi), Jens Fricke vom VFL Bochum und Stefan Engel von der MLPD.

Künstler wie Hennes Bender oder ein Ensemble der Bochumer Symphoniker traten live auf, um ihre Solidarität zu zeigen.

Auch wenn das Werk geschlossen wurde und der Kampf noch nicht ausgereicht hat, diese Kundgebung war nicht nur ein bewegender Abschluss – sie war vor allem ein ermutigender Neuanfang.

Das machte die Rede von Betriebsrätin Annegret Gärtner-Leymann und weiteren Kollegen von Offensiv deutlich:

„Seit dem 7-tägigen Streik bei Opel im Jahr 2004 ist die Auseinandersetzung in Bochum ein bundesweites Politikum. „Kämpfen wie bei Opel“ wurde damals zum geflügelten Wort. Der eigentliche Zweck der Schließung ist ein politisches Signal

(..) Zahlreiche beutungsvolle Kampfkationen flammten immer wieder auf und bewiesen: Die Werksschließung akzeptieren wir niemals! (...)

Eins ist sicher: Wir sind keine Verlierer! Wann immer in anderen Un-

ternehmen Begrifflichkeiten wie „Zukunftsvertrag“, „Restrukturierung“, „Masteragreement“ oder auch „Überkapazitäten“ und „Kapazitätsanpassung“ fallen, dann werden an erster Stelle bei den Ex-Opelanern die Alarmglocken schrillen.

Nein, es war nicht umsonst, wir geben die Fackel weiter! Im Herzen bleiben wir alle stolze Opelaner für alle Zeiten und bleiben Arbeiter!“

Die Opelaner werden jetzt überall hin verstreut – ob in die Transfergesellschaft, ins Rüsselsheimer oder Eisenacher Werk, in Werk 3, oder auch in andere Betriebe, ihre Erfahrungen sind unauslöschlich.

Andere Belegschaften müssen und werden aus diesen Erfahrungen lernen. So auch in Witten gerade die Kollegen von Bosch-Rexrodt, oder die von Entlassung bedrohten Kollegen bei Unify oder aktuell bei Völker.

Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung hat für die Verarbeitung der Erfahrungen und der Kundgebung eine Broschüre herausgebracht mit dem Titel „Wir haben die Schließung nie akzeptiert – und tragen die Fackel weiter!“ Sie kann gegen einen Spendenpreis von 1,50 Euro über www.auf-witten.de bestellt werden.

Mitglieder von AUF Witten haben den Kampf der Opelaner die ganze Zeit über konsequent unterstützt, mit Öffentlichkeitsarbeit und Spendensammlungen für die Streikkasse.

Es gehört zum Selbstverständnis von AUF Witten, dass wir uns mit dem Kampf von Arbeitern und Angestellten um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und für eine Perspektive für die Jugend verbinden.

Nicht umsonst haben wir als unser Motto gewählt:

„Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!“



ZUSCHRIFTEN

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen)

Bundeswehr was für Mädchen?

Beim 23. Berufspräsenztage des Ruhrgymnasiums stellten sich 44 Referenten und Aussteller mit ihren Berufsangeboten vor und warben unter den künftigen Abiturienten um Nachwuchs.

Dass die Bundeswehr Nachwuchswerbung an Schulen betreibt und offiziell betreiben darf, ist der Berichterstattung in der örtlichen Presse offensichtlich keinen kritischen Kommentar wert.

Von Initiativen und Widerstand unter dem Logo „Bundeswehr raus aus den Schulen“ wird überhaupt nichts gebracht.

Im Gegenteil: in der Überschrift „*Bundeswehr ist was für Wittener Mädchen*“ wird im Gegensatz zu meiner Zuschrift noch nicht einmal ein

Fragezeichen gemacht, also ganz offen die Militärwerbung unterstützt.

Meiner Meinung nach ist die Bundeswehr weder was für Mädchen, noch was für Jungs.

Das sehen wohl auch sehr viele Jugendliche so, denn die Bundeswehr hat erhebliche Nachwuchssorgen.

Deshalb, trotz des bekanntlich „*hohen Risikos*“, spricht sie bei den Jugendlichen mit Motiven wie „Verantwortung übernehmen“ und „Frieden sichern“ moralisch hochstehende Werte an und missbraucht sie so. Dass sich die Bundeswehr an minderjährige Schüler wendet macht die Sache nicht besser. Was sagen eigentlich die Erziehungsberechtigten dazu?

Zusätzlich werden noch die bei jungen Menschen häufig anzutreffende Abenteuerlust in Verbindung mit Realitätsferne bei der Risikoabwägung angesprochen. Letztere wird auch mit dem Hinweis auf einen sicheren Arbeitsplatz mit guter Bezahlung eingeschläfert.

Spätestens nach dem offensichtlichen Scheitern des „*Antiterrorkriegs*“ in Afghanistan ist klar geworden, dass Deutschland nicht am Hindukusch verteidigt wird, wie der ehemalige SPD-Verteidigungsminister *Struck* vollmundig erklärte. **Was dort verteidigt wurde waren höchstens die Profite der Rüstungsindustrie.**

Das sichtbarste Ergebnis der Afghanistanmission war aber, dass dieses Land während der westlichen Besetzung seit 2001 **zum weltgrößten Anbaugbiet von Schlafmohn** entwickelt wurde, dem Rohstoff für die Produktion von Heroin.

Dass Mädchen angeblich wie selbstverständlich eine



Schule besuchen können im Gegensatz zu früher, gilt nur für wenige Gebiete mit direkter Truppenpräsenz.

Die Anwesenheit fremder Truppen ist aber für die allermeisten Afghannen die allergrößte Schmach, mit der sie sich niemals abfinden werden.

Das erfahren wie zuvor die englischen und sowjetischen Truppen jetzt auch die Truppen der USA, Deutschlands und der anderen Verbündeten.

Den Idealismus junger Menschen für solche Kriegsgewinnlerabenteuer auszunutzen, ist nicht nur ein starkes Stück angesichts unserer deutschen Vergangenheit. Es ist auch eine Kampfansage an alle antimilitaristischen Kräfte in Deutschland, denn Bundespräsident Gauck und Verteidigungsministern von der Leyen haben schon gefordert, **Deutschland müsse mehr Verantwortung in der Welt übernehmen.**

Wenn sich die Bürgermeister, darunter auch Sonja Leidemann, über die finanzielle Ausblutung der Kommunen beklagen, sollten sie nicht vergessen, dass **das Geld, welches den Gemeinden abgenommen wird, in solche Projekte wie Auslandseinsätze und Hochrüstung fließen.**

Hört man die ganzen Apostel, die über die mangelnde Einsatzfähigkeit der Bundeswehr jammern, kann einem Angst und Bange werden, was an kommunalem Kahlschlag noch auf uns zukommen wird.

Nebenstehende Grafik habe ich in einem Kommentar gefunden und hoffe, Sie haben genug Platz für die Veröffentlichung meiner etwas länger ausgefallenen Zuschrift sowie für das ausdruckstarke Bild.

R.M.F., Witten

Wir werben für's Sterben





Bundeswehr
Karriere mit Zukunft.

Mit Volldampf ins Jenseits

Der Arbeitslosigkeit ein Schnippchen schlagen

Zuschriften – Fortsetzung von S. 4

Konzert geplant

Wir von *Kumpel für AUF* haben den Vorschlag, gemeinsam mit den kommunalen Wahlbündnissen zum Gedenken an 95 Jahre Rote Ruhrarmee ein Konzert mit Frank Baier und den Grenzgängern zu machen.

Der Termin ist Freitag, der 27. März 2015 im großen Saal der Horster Mitte.



Oft am gleichen Wochenende finden auch die Kranzniederlegungen auf den Friedhöfen zum Gedenken an die im Kampf gegen die Faschisten gefallenen Ruhrsoldaten statt.

Es ist für das Ruhrgebiet sehr wichtig, diesen Jahrestag zu feiern, weil mit den Zechenschließungen bis 2018 auch die revolutionäre Tradition der Bergleute beschlossen werden soll. Wir werden die vorzeitige Zechenschließung von Auguste-Viktoria nicht akzeptieren.

Wir wollen in dem Sinne auch ein Signal setzen gegen die Einführung von Fracking. Dafür lernen wir aus der Geschichte der Roten Ruhrarmee!

Mit dem Konzert und den Gedenken wollen wir auch besonders Jugendliche ansprechen. Wir wollen eine Ausstellung zu den Märzkämpfen machen usw.

Bitte berätet in euren Bündnissen, das gemeinsam mit uns zu veranstalten.

AUF Witten wird sich nach räften daran beteiligen

Widerstand gegen TTIP

Ende Januar wurde ein bislang **geheimen Papier der EU-Kommission veröffentlicht**. Es offenbart: das sogenannte **Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, TTIP genannt**, soll einen lang gehegten Traum von Lobbyisten wahr machen.

Sie sollen das verbriefte Recht bekommen, mit an Gesetzen zu schreiben. Schon heute verhandeln Kommission und US-Regierung über den Vorschlag zur „**Regulatorischen Kooperation**“.

Schon lange versuchen die großen Industrieverbände beiderseits des Atlantiks – Business Europe und American Chamber of Commerce – **die Regeln für unser Leben** nach ihrem Geschmack zu formen. Demokratie ist da hinderlich. Aber jetzt scheinen sie einen Weg gefunden zu haben: TTIP. Ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den USA und der EU, der mehr Gewicht bekommen könnte als Verfassung und Grundrechtecharta.

Laut dem Vorschlag sollen EU-Gesetze künftig zunächst von Konzernen und US-Regierung geprüft werden. Was schädlich für den Handel erscheint, **was den Interessen der Konzerne zuwider läuft**, verschwindet so womöglich in der Schublade, bevor gewählte Abgeordnete und Regierungen davon auch nur erfahren.

Der Widerstand gegen das Abkommen ist **gewaltig**, kaum noch jemand glaubt daran, dass TTIP während der Amtszeit von US-Präsident

Barack Obama abgeschlossen wird. Allerdings könnten US-Konzerne über ihre Niederlassungen in Kanada das schon fertig verhandelte Abkommen CETA nutzen. Deshalb müssen wir jetzt verhindern, dass CETA ratifiziert wird.

Bereits **1,3 Millionen Menschen** haben daher die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterzeichnet. Während in Brüssel die achte TTIP-Verhandlungsrunde – wie üblich – hinter verschlossenen Türen tagte, machte die Zivilgesellschaft draußen mobil. Vertreter/innen von 180 Organisationen aus Europa und den USA kamen zum bisher größten Strategietreffen, um sich auszutauschen und die Kampagne weiter zu planen.

So sind sie ausgeschwärmt und haben Europa-Abgeordnete in ihren Büros aufgesucht. Ihre Mission: **Den Abgeordneten die Sorgen von uns Bürger/innen in Bezug auf TTIP vor Augen führen**. Gleichzeitig wurde eine Protestaktion vor dem Kommissionsgebäude durchgeführt.

Dieser Text wurde uns von www.campact.de zur Verfügung gestellt. Wenn Sie auf die Homepage dieser Organisation gehen, können Sie verschiedene Video-clips anschauen, in denen die geplanten Auswirkungen detaillierter dargestellt sind. Für die Kommunalpolitik hat TTIP durch Öffnung bisher kommunal geregelter Dienstleistungen für Konzerne erhebliche negative Auswirkungen. Sie können sich auch als Unterstützer eintragen.



Fukushima mahnt: alle AKW abschalten!

Romeo Frey

Sprecher im Vorstand von *AUF Witten*



Am 11. März jährt sich der Super-GAU in Fukushima zum vierten Mal. In den letzten drei Jahren haben viele Menschen in ganz Deutschland

zu diesem Jahrestag Hunderte von Mahnwachen organisiert, um an die Opfer in Japan zu erinnern und den endgültigen und weltweiten Atomausstieg zu fordern. Auch *AUF Witten* hat sich jedes Jahr aktiv daran beteiligt und mit dafür gesorgt, dass dieses entsetzliche Grauen weder in Vergessenheit gerät, noch bewusst ignoriert wird.

Verheerende Folgen

Es gibt nicht nur fast täglich Meldungen über die verheerenden Folgen der Atomkatastrophe, sondern auch Bestrebungen, diese kleinzureden.

Obwohl im Pazifik und an der nordamerikanischen Westküste die Verstrahlung steigt und weiter zunehmen wird, was das Forscherteam des *Bedford Institute of Oceanography* in *Dartmouth* bestätigt, spricht es weder

von einer Gefahr für Menschen noch für das Ökosystem.

Ganz anders in einem Artikel der *Netzfrauen*. Danach sind rund 240 km vor Kalifornien circa 98 Prozent des Meeresbodens mit abgestorbenen Organismen bedeckt, während sich die durch die Fukushima-Katastrophe freigesetzten Nukleotide weiter ausbreiten und ständig durch verstrahltes Wasser Nachschub erhalten.

Täglich fließen 300 Tonnen verseuchtes Wasser ins Meer. Dieses Wasser hat eine radioaktive Blase gebildet, die auf die USA zutreibt. (*netzfrauen.org*)

Einen ausführlichen Überblick über Hintergründe und Auswirkungen bietet die Internetseite von *ausgestrahlt.de*, von der wir unsere Informationen genommen haben.

Japan will AKW reaktivieren

In Japan ist die Heimat von Hunderttausenden verstrahlt, tonnenweise stehen schwarze Säcke mit kontaminierter Erde rund um das AKW, von denen niemand weiß, wohin damit.

Der Anlagenbetreiber *TEPCO* bekommt die Folgen des GAU nicht in den Griff. Wie in Tschernobyl erkranken mehr und mehr Kinder und Jugendliche an Schilddrüsenkrebs, denn die

Strahlenwerte in Fukushima liegen weit über dem Grenzwert.

Dennoch plant die japanische Regierung nicht nur ernsthaft, die Menschen wieder in die zwangsevakuiereten, verstrahlten Gebiete zurückkehren zu lassen.

Sondern wendet sich direkt und provokativ gegen den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und plant mit einem Meiler in Sendai den nuklearen Neustart.

Deutsche AKW nicht sicherer als in Japan

Japan ist ein technologisch hochentwickeltes Land. Die AKWs in Japan hatten wie die Reaktoren hierzulande mehrere Sicherheitssysteme. Angeblich waren sie wie die hiesigen „sicher“, das heißt gegen alle denkbaren Störfälle mit mehrfachen und redundanten Sicherheits- und Notsystemen gesichert. Tatsächlich haben in Fukushima und anderswo alle diese Systeme versagt. Es kommt wohl immer schlimmer, als man denkt.

Die AKWs Isar-1, Philippsburg-1, Brunsbüttel und Krümmel sind im Prinzip baugleich mit den Reaktoren in Fukushima-Daiichi und Tokai.

Größere AKW = größere Gefahr!

Dabei sind die Havarie-Reaktoren des AKW Fukushima-Daiichi mit einer elektrischen Leistung von 460 Megawatt (Block 1) bzw. 760 Megawatt (Block 2 und 3) vergleichsweise klein.

Selbst die kleinsten AKWs in Deutschland, Neckarwestheim-1, Brunsbüttel, Isar-1 und Philippsburg-1, haben um die 900 Megawatt. Die restlichen 13 Reaktoren liegen bei 1.200 bis 1.500 Megawatt.

Im Falle eines Störfalls in Krümmel müsste die Notkühlung also dreimal so viel Hitze abführen wie in Fukushima-Daiichi-1.

Entsprechend größer wären die Auswirkungen, sollte das nicht gelingen!

Quelle: *netzfrauen.org*



Fortsetzung von Seite 6

Um den für die Kühlung notwendigen Strom ausfallen zu lassen, braucht man auch keinen Tsunami.

In der Vergangenheit zeigten einige, noch relativ glimpflich abgelaufene Störfälle, dass **hierzulande Sturm, Blitz und Unwetter, die sich alljährlich in ihrem zerstörerischen Potential steigern, dazu völlig ausreichen.**

Ein Super-GAU kann also auch bei uns passieren.

Energiewende: ein leeres Versprechen

Unter dem Eindruck des bundesweit sprunghaft angewachsenen Widerstands gegen die Nutzung der Atomenergie unmittelbar nach dem Super-GAU versprach die Bundeskanzlerin eine grundlegende Änderung der deutschen Atompolitik. Es wurden einzelne AKWs stillgelegt.

Das erwies sich wie alle damals schnell geäußerten Statements, auch der Opposition, als heiße Luft. Die Energie-lobby setzte alle Hebel dagegen in Bewegung. Als **Kern der als Energiewende verkauften Berliner Umwelt- und Energiepolitik bleibt letztlich nur der Kniefall vor den Interessen der vier Energieriesen RWE, e.on, ENBW und Vattenfall**, die sich den deutschen Strommarkt aufgeteilt haben:

- Der rasche Ausbau des überwiegend in Privatinitiative erzeugten Solarstroms gefährdete das Monopol dieser Konzerne. Deshalb wurde er zurückgefahren.
- Von drei Stromtrassen, die den durch Windenergie im Norden Deutschlands erzeugten Ökostrom nach Süden transportieren sollen, dienen in Wahrheit zwei dem Transport von Braunkohlestrom aus dem Westen und Osten Deutschlands.
- Beim *Erneuerbaren Energie Gesetz* und seiner *EEG-Umlage* geht es nicht um die Energiewende, sondern um die direkte Stromsubvention der davon ausgenommenen Industrie durch die privaten Haushalte.

Die Lüge von 100 Prozent Ökostrom

Auch die Stadtwerke Witten sind den von den Strommonopolen diktierten

Bedingungen unterworfen. Statt dem Verbraucher reinen Wein einzuschenken, dass aus der Steckdose nach wie vor ein Strommix aus Atom-, Kohle- und Ökostrom kommt, bieten sie eine angeblich völlig grüne Stromversorgung an.

Dahinter steckt eine bewusste Geschäftspolitik. So haben die Stadtwerke nicht hauptsächlich in dezentral gelegene und damit kontrollierbare ökologische Projekte hier vor Ort investiert, **sondern der überwiegende Teil der Investitionen ging in die Erzeugung fossiler Energieträger. Absurderweise fahren gerade diese Investitionen jetzt Millionenverluste ein!**

Der verkaufte Ökostrom wird über Herkunftsnachweise eingekauft, zu äußerst günstigen Preisen, kommt aber nicht in Witten in der Steckdose an. Die reale Versorgung erfolgt immer aus den nächstgelegenen Kraftwerken.

Die Führung der Stadtwerke und der Aufsichtsrat unter Führung der Bürgermeisterin machen also trotz besseren Wissens den Betrug vom Ökostrom mit und verdienen noch daran.

Gerechtfertigt wird die Torpedierung der Energiewende mit der Losung vom bezahlbaren Strom und dass bei uns die Lichter nicht ausgehen dürften.

Dabei wissen alle, dass Deutschland zuviel Strom produziert und deshalb exportiert. Natürlich ist auch bekannt, dass es nichts Billigeres als die natürlich vorkommende Wind-, Wasser- und Sonnenenergie und die Erzeugung aus Bioabfällen gibt. Der Erzeugerpreis in Norwegen für eine Kilowattstunde Strom aus Wasserkraft beträgt weniger als einen halben Cent!

Umweltgewerkschaft

Angesichts der ökonomischen Macht und dem politischen Einfluss der Energie-Monopole sind die unzähligen Bürgerinitiativen und alle umweltbewussten Menschen herausgefordert, **eine überlegene Gegenkraft herauszubilden.**

Dazu braucht es **eine dafür geeignete Organisationsform.** Nach langer Vorbereitung, unterstützt auch von *AUF Witten*, wurde **mit der Gründung der Umweltgewerkschaft Ende 2014** dieser wichtige Schritt getan.

Mit der Umweltgewerkschaft können nicht nur lokale und nationale Aktivitäten wirksam zusammengefasst werden. Geplant ist, die Verteidigung der menschlichen Lebensgrundlagen künftig auch über Ländergrenzen hinweg zu organisieren.

Aus der Gründungsresolution:

Die Umweltgewerkschaft ist nicht einfach eine weitere Umweltorganisation; wir sind etwas Neues.

- Wir bieten allen, die die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht länger hinnehmen wollen, eine Chance, dies gemeinsam und energisch zu verhindern.
- Wir fördern den engen Schulterschluss von ArbeiterInnen-, Frauen- und Umweltbewegung.
- Wir unterstützen aktiv Arbeitskämpfe um soziale Fragen, um umwelt- und gesundheitsschonende Produktion und fortschrittliche Technologien. Wir brauchen Arbeit und eine intakte Umwelt. Wir treten ein für fundierte Aufklärung und führen den Kampf um dringend nötige Sofortmaßnahmen gegen die drohende Zerstörung unserer Existenzgrundlagen und für fortschrittliche Produktionsverfahren der Kreislaufwirtschaft. Wir unterstützen auch das Kampfmittel des Streiks.
- Wir sind demokratisch und kämpferisch, arbeiten solidarisch und überparteilich auf antifaschistischer Grundlage und entwickeln eine solidarische Streitkultur.
- Wir setzen uns ein für die weltumspannende Kooperation und Koordination des aktiven Umweltschutzes.
- Wir suchen die Zusammenarbeit mit bestehenden Gewerkschaften sowie Umweltverbänden und -initiativen und sehen uns nicht als Konkurrenz zu ihnen.
- Wir sind finanziell unabhängig auf der Grundlage von Mitgliedsbeiträgen und Spenden.
- Wir sind weltanschaulich offen und streben eine befreite Gesellschaft an, in der die Einheit von Mensch und Natur Leitlinie ist.
- Wir sind uns der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen bewusst. Wir rufen insbesondere die Jugend auf, Verantwortung für die Zukunft der Menschheit zu übernehmen und sich bei uns zu organisieren.

www.umweltgewerkschaft.org

Werden Sie Mitglied in der Umweltgewerkschaft!

Beteiligen Sie sich an der Protestkundgebung mit offener Diskussion und Kultur zum 4. Jahrestag von Fukushima am Montag, 9. März Bahnhofstraße / Ecke Nordstraße!

Unser Herz und unsere Glückwünsche den Heldinnen von Kobanê!

Gastbeitrag

Frauenverband Courage e.V. Witten

Kobanê ist wieder frei. Wir gratulieren den Frauenverteidigungseinheiten der YPJ und den Kämpfern der Volksverteidigungseinheiten YPG sehr herzlich zu ihrem Sieg über die menschenverachtende IS/ISIS in Kobanê!

Ein Symbol für viele

Die Stadt Kobanê ist für viele Menschen auf der Welt zum **Symbol eines gemeinsamen Kampfes um Freiheit und Demokratie und nicht zuletzt der Gleichberechtigung der Frauen** geworden:

Wir freuen uns mit allen Kurdinnen und Kurden über diesen Sieg und wünschen Ihnen und ihren Verbündeten, dass ebenso erfolgreich der Kampf um die Befreiung von ganz Rojava weiter geht.



Wir teilen die Zuversicht, dass dies der Anfang vom Ende des IS ist. Nach der Stadt Kobanê sind von den rund 350 Dörfern des Kantons 50 wieder befreit worden. Aber es sind weitere entschlossene Kämpfe notwendig, um den Kanton Kobanê komplett zu befreien.

Damit die Flüchtlinge wieder zurückkehren können, ist viel Arbeit zu tun – Kobanê ist zu fast 90% zerstört, es besteht Seuchengefahr und die IS-Faschisten haben Sprengstofffallen und Minen hinterlassen.

Zuerst sollen ein Krankenhaus und in den Stadtteilen Gesundheitszentren errichtet werden.

Vom kurdischen Roten Halbmond gibt es eine aktuelle Broschüre, die Rechenschaft ablegt über die geleistete Hilfe. Zu beziehen ist diese kostenlos unter heyvasor@web.de – Heyva sor a Kurdistane (Kurdischer Roter Halbmond).

Praktische Solidarität

Wir zitieren aus einem Brief von **Dr. Juan Mustafa**, Roj-Hospital Serekaniye in Rojava an SI e.V. (*Solidarität International*):

„...Wir haben es hier in Rojava mit den gefährlichsten terroristischen Kräften auf der Welt zu tun. Die Menschen hier haben ihr Blut und ihre Seelen für die Freiheit gegeben. Sie taten alles, um die menschliche Zivilisation vor diesen IS-Barbaren zu bewahren. Jetzt bitten wir Euch und die ganze Welt, uns weiter zu unterstützen. Die Stadt Kobanê ist befreit, und wir

Menschen von Rojava gratulieren allen auf der ganzen Welt, die durch ihre Solidarität diesen Sieg der Humanität über das Barbarentum ermöglicht haben. Ich bitte Euch: unterstützt diese Sammlung. Wir brauchen Geld für Medikamente. Man kann auch direkt Medikamente, Materialien und Geräte spenden. „Solidarität International“ ist ein zuverlässiger Partner des Kurdischen Roten Kreuzes. Ich garantiere Ihnen: alles was Sie spenden, wird von uns für den Aufbau des Gesundheitswesens in Rojava verwendet...“

Unter dem Kennwort „Medizin für Rojava“ kann auf das Spendenkonto von SI e.V. eingezahlt werden:

IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84,
BIC: FFVB DEFF (Frankfurter Volksbank).
Bei Angabe des Namens u. Adresse geht Ihnen eine Spendenbescheinigung zu.

Courage Witten unterstützt diese Spendensammlung und sammelt selbst dafür. Sie können Ihre Spende gerne auch auf unserer Kundgebung zum Internationalen Frauentag abgeben!

Kundgebung zum Internationalen Frauentag am Samstag, 7. März von 11 bis 13 Uhr auf dem Berliner Platz.

Frauen sind die Hälfte der Menschheit. Wir leisten zwei Drittel aller notwendigen gesellschaftlichen Arbeit, haben aber nur 10% vom Welteinkommen und besitzen 1% aller Güter. 70% der Kinder, die keine Schule besuchen, sind Mädchen.

Gewalt gegen Frauen ist ein allgemeines Phänomen. Nicht nur in der Zwangsprostitution oder Massenvergewaltigungen als Kriegsmethode, sondern auch in den Familien. Jede 4. Frau in Deutschland war schon einmal Opfer häuslicher Gewalt. Vielen ist das Ausmaß der Prostitution in Deutschland nicht bewusst; auch nicht, dass über 90% der angezeigten Vergewaltigungen keinerlei strafrechtliche Konsequenzen haben.

Können wir uns mit einer Gesellschaft abfinden, die einen Großteil Menschen unterdrückt? Nein!

Und viele Frauen tun das auch nicht.

Es ist unglaublich, was in der weltweiten Frauenbewegung alles geleistet wird: die mutige Verteidigung von Kobanê, gegenseitige Hilfe im Alltag, gegen gewalttätige Partner, im Kampf um medizinische Versorgung, gegen Mobbing, Prostitution, Sexismus usw.



In Deutschland finden zwei von drei Frauen: **„Wir sind noch lange nicht gleichberechtigt. Eigentlich müssten wir uns selbst organisieren, um unsere**

Interessen durchzusetzen.“

Wir sagen: „Genau – und zwar am besten in Courage!“ (www.fvcourage.de)

Solidarität mit Kobanê

Interview mit Zülfü Altunok
Solidaritätskreis Kobanê



Zülfü Altunok, im nördlichen Teil Kurdistans geboren, lebt seit 45 Jahren hier. Das erste Mal aktiv wurde er bei einer Hilfsaktion des ASB in den 90er

Jahren für die vom Diktator Saddam Hussein im Nordirak verfolgten Kurden. Im letzten Herbst war er im Grenzgebiet von Westkurdistan *Rojava* und unterstützte dort mit seinem Hilfemobil die Verteidigung der von ISIS/IS angegriffenen Stadt *Kobanê*. Nach seiner Rückkehr initiierte er den *Solidaritätskreis Kobanê*.

? Was habt Ihr Euch vom *Solidaritätskreis* vorgenommen?

Zülfü Altunok (Z.A.): Kobanê und die Flüchtlinge dort brauchen jetzt im Winter dringende Alltagsachen zum Überleben, aber auch zum Wiederaufbau. Die ISIS hat zwar eine Niederlage bekommen, ist aber noch lange nicht besiegt. Am sinnvollsten ist vor allem Geld zu sammeln, weil Hilfstransporte teuer sind und viel Zeit brauchen. **Deshalb veranstalten wir am Sonntag, 8. März, ab 14 Uhr in der Wittener WERK°STADT ein Benefizkonzert. Die Einnahmen gehen ohne Abzug**

direkt nach Kobanê und Sindschar.

? Am 8. März ist ja auch der internationale Frauentag? War das Absicht?

Z.A.: Das Datum passt sehr gut. In Rojava und Kobanê ist mit einer **Selbstverwaltung und vielen selbstbewussten und aktiven Frauen etwas Neues entstanden.** Sie versuchen auch, dem religiösen Fanatismus mit dem Prinzip der **Religionsfreiheit** beizukommen. Ich glaube, das ist ein Modell nicht nur für Kurden, sondern **interessant für eine friedliche Zukunft in der gesamten Nahost-Region.**

? Ist das der Grund, warum ISIS seine Angriffe hier konzentriert hat?

Z.A.: Das ist richtig. Religiösen Fanatismus abzulehnen und Frauen Gleichberechtigung zu geben, das bringt die ISIS-Fanatiker zur Weißglut. Aber auch der Versuch, eine kurdische Selbständigkeit zu bekommen. Es war ein großer Erfolg, dass verschiedenste kurdische Kräfte hier zusammengearbeitet haben: **Kobanê ist das Haus aller Kurden.**

? Wie läuft die Vorbereitung für das Benefizkonzert?

Z.A.: Wir haben im Vorfeld Sponsoren gewonnen und Geld gesammelt, sodass die Kosten für den Raum bereits finanziert sind. Die Musikgruppen, die bisher zugesagt haben, treten alle ohne Gage auf und spenden ihren Auftritt. Die

ersten vorläufigen Eintrittskarten sind schon verkauft, obwohl das Programm noch nicht vollständig steht.

? Wieviel kostet der Eintritt?

Z.A.: Wir verkaufen die Karten zu 10 Euro. **Das ist ein fairer Preis, wenn man bedenkt, welches Musikprogramm zu hören sein wird.** Auch wollen wir Infos über die Region und die Lage in den Flüchtlingslagern liefern und ich werde einige meiner vielen Dias zeigen. Vom Eintritt soll aber keiner abgehalten werden, der kein Geld hat. Für diese Personen gilt ein Spendeneintrittspreis, den sie selbst festlegen können.

? Wer arbeitet alles im *Solidaritätskreis* mit?

Z.A.: Verschiedene Einzelpersonen, die auch schon bei einer Kundgebung für Kobanê und einer Kundgebung gegen das Massaker in Paris aktiv waren. Parteien und Organisationen können das selbstverständlich auch unterstützen, wie zum Beispiel *AUF Witten*, aber wir wollen uns von niemandem abhängig machen.

? Was kann man konkret noch unterstützen?

Z.A.: **Vor allem muss in den letzten Tagen vor der Veranstaltung noch Werbung gemacht werden, Plakate aufhängen, Eintrittskarten verkaufen, Spenden sammeln.**

Ich habe auch eine Einladung bekommen vom *Frauenverband Courage Witten* zur Kundgebung zum Internationalen Frauentag am Tag vorher, am 7.3. auf dem Berliner Platz. *Courage* will Kobanê und Rojava zum Thema machen und hofft auf rege Teilnahme auch von Kurdinnen und vom *Solidaritätskreis*.

Ich denke, man kann sich da gegenseitig gut unterstützen.

? Was plant ihr für die Zukunft?

Z.A.: **Friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben gegen Nationalismus, religiösen Fanatismus und Fremdenfeindlichkeit! Hilfe organisieren, wenn Menschen in Not geraten! Da gibt es noch viel zu tun!**



Zülfü Altunok hat 2 Tonnen Waschmittel gekauft

Wehret den Anfängen!

Achim Czulwick
Ratsmitglied (AUF Witten)



Auf der ersten Sitzung des Rates der Stadt Witten im Neuen Jahr wurde ein denkwürdiger Beschluss gefasst. Auf Antrag der Fraktion der Piratenpartei beschloss der Rat komplett, aber erwartungsgemäß gegen die beiden Stimmen der Vertreter von ProNRW:

„Der Rat der Stadt Witten erklärt, dass die Veranstaltung „I. Alternativer Wissenskongress NRW“, die am 22. März 2015 im Saalbau stattfinden soll, dem Ansehen der Stadt schadet, und fordert das Kulturforum auf, alles in seiner Macht stehende zu tun, dass der Kongress in Witten nicht stattfindet.“

Zur Begründung heißt es:

„Der Alternative Wissenskongress wurde ursprünglich von den fünf nordrhein-westfälischen AfD-Bezirksverbänden organisiert. Zu ihm sind vier Referenten eingeladen, die für ihre verschwörungstheoretischen und rechten bzw. Querfront-Positionen bekannt sind.

Nachdem die Bezirksverbände der AfD aufgrund öffentlichen Drucks und einer

Distanzierung des um ein bürgerliches Image bemühten AfD-Bundessprechers Bernd Lucke Anfang November 2014 jedoch einen Rückzieher machten ..., ist nun der „Verein zur Förderung des politischen Dialogs“ in die Bresche gesprungen. Der Vorsitzende dieses Vereins ist aber wiederum der AfD-Kreis- und Bezirksvorsitzende von Gütersloh, Udo Hemmelgarn.“

Im Weiteren folgen konkrete Enthüllungen über die Referenten.

Dem sich selbst als *Makroökonom*“ bezeichnenden *Andreas Popp* werden geistige Anleihen beim „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“ nachgewiesen, einer antisemitischen Hetzschrift von *Gottfried Feder*, einem führenden Wirtschaftstheoretiker der NSDAP.

Karl Albrecht Schachtschneider war 2005 als Sachverständiger für die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag tätig.

Der Chefredakteur von „Compact“, *Jürgen Elsässer* schrieb nach der gewalttätigen und zerstörerischen HoGeSa-Demo in Köln am 26. Oktober 2014: „Es ist ein großer Schritt nach vorne, dass die Hools... gemeinsam etwas für ihr Land tun wollen.“

Zum Schluss des Antrags heißt es deshalb völlig zu Recht:

„In der jüngeren Geschichte kam es zu einem Erstarken neuer rechter Gruppierungen ... Auf dem Alternativen Wissenskongress sind die Vordenker vertreten...“

Im Rat kehren alle Ratsmitglieder dem jeweiligen Redner von *ProNRW* **demonstrativ den Rücken zu**. Die Bürgermeisterin entzog ihm das Wort, als er eine Vorlage über die Unterbringung von Flüchtlingen dazu nutzen wollte, gegen diese Menschen zu hetzen. Völlig richtig, **menschenverachtende Reden gegen Flüchtlinge sind nicht hinnehmbar**.

Doch wie kommt der Chefredakteur der WAZ-Lokalredaktion dazu, der Bürgermeisterin vorzuwerfen, sie wäre zu weitgegangen und zu verlangen, solche Reden müsse man aushalten?

Nein, es gibt keinen Grund, das auszuhalten. Aus rassistischen Gründen Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Kampfes ums Überleben, ein Lebensrecht in unserem Lande abzusprenken, hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. **Das muss man nicht aushalten**.

Die Flüchtlinge sind Opfer von Ausbeutung und Unterdrückung. **Diese Ursachen, nicht die Opfer, sind zu bekämpfen**. Das aufzuzeigen, gehört zur Meinungsfreiheit.

Ähnliches versuchte jüngst die *Pegida*-Bewegung, den Islam zum Sündenbock für ganz andere Probleme erklärt wurde.

Diese Bewegung scheitert an der antisemitischen Haltung in Deutschland. **Rassismus, in welcher Form auch immer, will kein aufgeklärter und demokratischer Mensch aushalten**. Es mag ein Recht auf Dummheit geben, weil für eine solche Eigenschaft eines Menschen, für die er nichts kann, er unser Mitgefühl braucht. Rassismus dagegen ist keine Dummheit, sondern ein Verbrechen und steht zu Recht unter Strafe.

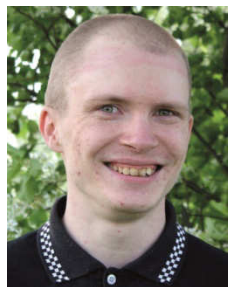
Wer verhindern will, dass braune Kräfte demokratische Rechte demagogisch missbrauchen, um sie abzuschaffen, sollte die Möglichkeiten unseres Grundgesetzes nutzen: **Verbot jeglicher faschistischen und militaristischen Betätigung!**



Montagsdemo und „Pegida“

Ulrich Wagner

Mitglied im Vorstand von AUF Witten



Auch wenn sich Pegida in Dresden gespalten hat und bundesweit immer weniger Zuspruch erhält, ist das kein Grund zu meinen, das Problem erleidge sich von selbst.

Pegida hat sich ganz bewusst den Montag und die Institution der Montagsdemo ausgesucht: eine Provokation gegenüber allen Montagsdemonstranten, die seit über 10 Jahren unermüdlich den Protest gegen die unsoziale Politik auf die Straße tragen und den Montag zu einem *gesamtgesellschaftlichen Widerstandstag* entwickelt haben.

Auch die Dresdner Montagsdemo bietet seit Jahren, auf antifaschistischer Grundlage, jedem die Möglichkeit, sich dem demokratischen Protest gegen die Regierungspolitik anzuschließen.

Darum ging es den *Patrioten* gegen die angebliche *Islamisierung des Abendlandes* aber nicht. Schon mit ihrem Namen offenbaren sie eine verblüffend ähnliche Methode wie seinerzeit Göbbels und die NSDAP es mit ihrer Warnung vor einer angeblichen Überwucherung durch das Judentum machten. **Nämlich abzulenken von tatsächlichen Problemen durch Schüren von Hass auf Minderheiten.**

Pegida ist eindeutig rassistisch, volksverhetzend und demagogisch und es wundert nicht, dass es sich als Sammelbecken verschiedenster brauner Kräfte herausgestellt hat.

Zum Niedergang dieser rassistischen Sammelbewegung führten vor allem der sich entfaltende breite antifaschistische Widerstand und die unermüdliche Aufklärung über die braunen Führungsgestalten und ihre politische Geschichte.

Dabei haben sich weder die Polizei noch die Medien mit Ruhm bekleckert. So bewiesen Sozialforscher anhand hochauflösender Fotos und Rasterzählung, dass die *Pegida*-Teilnehmerzahlen in der Polizeistatistik um rund das Doppelte aufgebläht worden waren.

Die meisten Medien verbreiteten unkritisch einen Hype über eine ständig wachsende *Pegida*-Bewegung und lieferten damit einigen, vor allem der *CDU/CSU* und *AfD* angehörenden Politikern, Steilvorlagen für ihre Behauptung, *Pegida*-Anhänger wären normale Bürger, deren Forderungen man aufgreifen und mit denen man reden müsse.

Menschen anhand ihrer Herkunft, Religion oder ihres Aussehens zu verachten ist aber kein berechtigtes Anliegen! Die Migration unterschiedlichster Kulturen hat die Entwicklung von Weltstädten, die Besiedlung von Kontinenten und die Verbreitung von Wissenschaft, Schrift und Mathematik erst ermöglicht.

Überraschend taucht im Dunstkreis der *Pegida*-Versteher auch der Vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel auf, wenn auch als „Privatperson“.

Er rechtfertigte im Interview mit dem *Stern* seinen Auftritt bei einer Diskussion mit *Pegida*-Anhängern in Dresden damit, es gäbe ein *„demokratisches Recht darauf, rechts zu sein oder deutschnational.“*

Man dürfe auch *„Dummheiten verbreiten wie die angebliche Islamisierung Deutschlands – solange man nicht gegen die Verfassung oder Gesetze verstößt.“* **Nach Artikel 139 Grundgesetz haben die alliierten Kontrollratsbestimmungen gegen den Faschismus und Militarismus volle Gültigkeit, jegliche faschistische und rassistische Betätigung ist verboten.** Das gilt sowohl für die braune Führung der *Pegida*-Bewegung und ihre öffentlichen Hetztiraden als auch für den von Sigmar Gabriel tolerierten deutschen Nationalismus.

Die *Deutschnationalen* haben als Steigbügelhalter des Faschismus einem Hitler an die Macht verholfen und damit eine Mitschuld am II. Weltkrieg und den Naziverbrechen auf sich geladen.

Das als Dummheit abzutun, muss ein starkes Motiv haben. Vielleicht liegt es darin, dass *Pegida* und ihre islamfeindlichen „Dummheiten“ ablenken von den existenziellen Gefahren, die der Menschheit wirklich drohen. **Das ist für mich vor allem die fortschreitende und mutwillig herbeigeführte Umweltzerstörung.**

Mutwillig, weil sich alles dem Profit unterordnen soll. Gabriels rumeiern, die Profitwirtschaft vor strengen Umweltauflagen zu bewahren, lässt sich mit dem um *Pegida* veranstalteten Medienhype doch sehr schön kaschieren. Wenn wir aber in Zukunft auf diesem Globus noch leben wollen, müssen wir uns von *Pegida* genauso wie von solchen Politikern wie Gabriel verabschieden.

Der nächste Termin zum Protest gegen die Umweltpolitik der Bundesregierung ist die Montagsdemo am 9.3. zum 4. Jahrestag von Fukushima! (Siehe dazu auch Seite 6 und 7). Sie wird als Teil des bundesweiten Antiatomprotestes durchgeführt, s.a. *ausgestrahlt.de*



Ein bisschen schwanger? das Märchen von Fracking ohne Gift

von Dorith Barth

Frauenverband Courage e.V. Witten



Die Bundesregierung will sich ein Hintertürchen aufhalten und Methoden mit „giftfreiem“ Fracking erlauben. Das ist eine Mogelpackung.

Genauso wie eine Frau nicht ein bisschen schwanger sein kann, **gibt es auch kein Fracking ohne Gift**, Umweltzerstörung und Gesundheitsschäden.

Um unseren Energiebedarf zu decken, braucht es weder dieses Schiefergas noch Atomkraft, sondern Sonne, Wind und Biomasse. Fracking massakriert die Lithosphäre, die Gesteinsschicht der Erde, Giftstoffe dringen in das Trinkwasser ein.

In allen Ländern, wo bisher schon ge-frackt wird, **hat sich ein großer Widerstand entwickelt**, begleitet von leidvollen Erfahrungen durch Gesundheits- und Umweltschädigungen:

- In der Stadt *Oakland* in den USA demonstrierten ca. 8.000 Menschen für einen **Stopp von Fracking in Kalifornien**. Der Bundesstaat ist der drittgrößte Ölproduzent der USA, mit vielen Fracking-Bohrungen.

- In **Algerien** zogen Anfang Februar die Fracking-Gegner zur Bohrstelle in *Dar Lahmar* und besetzten diese. Männer, Frauen und Kinder bildeten eine Menschenkette um die Anlagen. **Die Bohrungen wurden gestoppt!**

- Die Rotenburger Kreiszeitung berichtet im Januar:

„...Schulter an Schulter fordern alle 13 Bürgermeister Rotenburgs ein ausnahmsloses Fracking-Verbot in jeglichen Lagerstätten und ein Verbot der Verklappung der flüssigen Abfälle aus der Erdgasproduktion im Untergrund. Die Aufklärung der Ursache für die vielen Krebserkrankungen in Bothel, ein intensives Monitoring von Immissionen in Wasser, Luft und Boden sowie eine Umkehr der Beweislast bei Bergschäden sind weitere knackige Forderungen in dem langen Katalog der Bürgermeister, der die Landesregierung erreichte...“



Fracking muss geächtet und verboten werden, sofort und weltweit! Wir sollten alles dafür tun, um unseren Kindern eine gesunde und lebenswerte Erde zu hinterlassen. Dafür gibt es keine Gnadenfrist mehr!

**Stoppt Fracking weltweit!
Schützt Mutter Erde!**

Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Sa., 7. März:** Aktionen zum Weltfrauentag Berliner Platz
- **So., 8. März:** WERK°STADT ab 14 Uhr Solidaritätskonzert mit Kobanê
- **Mo., 9. März:** 4. Jahrestag Fukushima, Kundgebung ab 17 Uhr Bahnhofstr./Nordstr.
- **So., 22. März:** Mitgliederversammlung, 11 – 14 Uhr, Sportlerklausur Witten-Stockum
- **Fr., 27. März:** Konzert mit Frank Baier zum Gedenken an 95 Jahre Rote Ruhrarmee, Gelsenkirchen-Horst, Horster Mitte Kultursaal
- **Fr., 10. April:** Umwelt AG , 18.30 Uhr, Café Jané, Bahnhofstraße 48, Innenstadt

Aktuelles und weitere Infos zu den Terminen auf unserer Homepage

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de